

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 116.

Neuenbürg, Mittwoch den 21. Mai 1919.

77. Jahrgang.

Ein Sozialdemokrat über Kaiser Wilhelm II.

Zum ersten Kriegsjahr machte eine im Französischen Verlag in Stuttgart erschienene Schrift viel von sich reden: „Mit dem Auto an die Front“. Der Verfasser, Anton Fendrich, war kurz zuvor mit einer anderen Schrift hervorgetreten, die zu der von Ernst Jäckh im Verlag der Deutschen Verlagsgesellschaft in Stuttgart unter dem Titel „Der deutsche Krieg“ herausgegebenen Sammlung politischer Flugblätter gehörte: „Der Krieg und die Sozialdemokratie“. Diese letztere Schrift trug ihrem Verfasser eine Einladung nach Berlin zum Reichstagskongress ein und half ihm auch die Wege zu zeigen, als er später den Wunsch hegte, als Kriegsberichterstatter ins Kriegsgebiet zu fahren, um Eindrücke an der Front zu sammeln. Er war erst wenige Wochen in Frankreich, als er telegraphisch zum Kanzler in das Große Hauptquartier berufen wurde. Dort wurde ihm ein besondere Überwachung zuteil durch die Erklärung: der Kaiser warte auf ihn.

In seiner Schrift: „Mit dem Auto an die Front“ gibt der badische Sozialdemokrat einen hochinteressanten Bericht über seinen Besuch bei dem Kaiser. Ein kleiner Park umschloß das vom Kaiser bewohnte Gebäude. Auf einem freien Platz unter hohen Bäumen saß Deutschlands oberster Kriegsherr, zusammen mit dem Kanzler, auf einer Bank. Als er den erwarteten Besucher erblickte, stand er auf und ging ihm entgegen. „Freier und herzlicher haben mir auch die nächsten Freunde die Hand nicht geschüttelt, als er bei dieser ersten Begegnung“, berichtet Fendrich und erzählt weiter, wie der Kaiser „seine helle Freude daran hatte“, ihm mitzuteilen, daß die Besatzungstruppen der Stadt, in der das Hauptquartier sich befand, zum großen Teil aus Sozialdemokraten beständen; es seien ganz hervorragende Kerle.

Über den weiteren Verlauf des Gesprächs, dem fast hundertmal auch der Kanzler beizuhören, sagt Fendrich: „Der Kaiser besaß das Mittelbedürfnis einer Individualität, die stark lebendige Eindrücke von allen Seiten erhält und sie sofort verarbeitet. Ich habe nie im Leben zwei Stunden lang einer solchen Fülle von Gedanken und Anregungen nachhaken müssen. Aber dennoch wurde nichts gesprochen, was nicht in irgend einem Zusammenhang mit dem Krieg stand. Der stärkste Eindruck, den ich vom Kaiser erhielt, war der der völligen Aufrichtigkeit seines Friedenswillens bis zum letzten Augenblick, der zweitstärkste aber der seiner großen Enttäuschung über seine Verwandten in England und Rußland, die im Augenblick der höchsten Gefahr versagt haben. Was der Kaiser da sagte und wie er dachte, das erinnerte mich an sein Wort von der Dornenkrone, die er zu tragen habe. Und ich konnte mich manchmal einer demokratischen Aufwallung nicht erwehren darüber, daß gerade dieser eine Mann auf Deutschlands Thron weniger Schutz vor der Kritik aller und besonders aller Allzuvielen umgibt, als jeder Bürger, auf dessen Schulter geringere Lasten ruhen. Vielleicht wird manches scharfe Wort des Kaisers aus der Zeit vor dem Krieg nach Friedensschluß auch einmal von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet!

Besonders ergreifen fühlte sich der Besucher, als der Kaiser sein Verantwortungsgefühl für Deutschlands Aufgabe zum Ausdruck brachte, wobei Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfähigkeit sein Herz ganz zu erfüllen schienen. Das er glaubte auch für die Zeit nach dem Kriege noch großes erwarten zu dürfen von diesem reichbegabten, klugen Mann gegen Gott und Menschen so ganz sich bezeugenden Fürsten. Er sagt darüber: „Ich habe die feste Zuversicht, daß der Kaiser mit seinem lebhaft suchenden Verstand nach dem Friedensschluß und nach der überwältigenden Einheit des Volkes in der Verteidigung des Vaterlandes sich einmal die Gelegenheit ergreifen wird, der Einigung eines sozialen Staates mit all dem Persönlichkeitsreichtum zu werden, dessen allein Deutschland, das Land der Eckenliebe und das Reich der demokratisch-monarchischen Synthese, fähig ist.“

Unter dem Einfluß ungeeigneter Ratgeber, deren er im Bismarcks Entlassung sich überhaupt nicht genügend zu erinnern wußte, ist Wilhelm II. inzwischen nach Holland übergetreten. Der 1914 ausgesprochenen Hoffnung des Sozialdemokraten Fendrich, daß Deutschland „nach dem Friedensschluß noch einmal“ viel von diesem Kaiser zu erwarten haben werde, kann daraufhin eine Erfüllung kaum mehr bestehen sein. Aber das wird man unbedingt erwarten dürfen, daß das deutsche Volk, und gerade auch der sozialdemokratisch denkende Teil niemals dorein willigen wird, einen Mann, dessen Persönlichkeit in der vorstehenden Weise von Fendrich geschildert ist, der nachher grausamer und hinterlistiger Feinde auszuliefern. Das wäre eines großen, auch im Unglück seines eigenen Wertes sich bewußten Volkes nicht würdig.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. Mai. Prinz Max von Baden erhob in längeren Ausführungen, in denen er die Ungerechtigkeiten des uns angebotenen Gewaltfriedens nachweist, lebhaften Einspruch gegen denselben. Er bemerkt u. a.: Es ist nicht allein Deutschlands Schicksalsstunde; die gesamte Menschheit macht die schwerste Krise durch. Fünf Jahre schrankenloser Gewalt haben einen Trümmerhaufen hinterlassen. Bezüglich Wilsons sagt er: Präsident Wilson hat den Ruf der großen europäischen Not gehört, er war ihm gefolgt. Aber er besaß nicht die tiefen, umfassenden Kenntnisse der verwickelten europäischen Verhältnisse, die nötig gewesen wären, um den dringenden Argumenten der Entente gewachsen zu sein. . . . Wilson ist der große Beschlagene dieses Weltkrieges. Denn er und sein Volk haben nach höchstem Ruhm gestrebt, Heilbringer zu sein, und haben beigetragen, die Welt in eine noch schlimmere Hölle zu stürzen. Sie hätten nie in den europäischen Kampf eingreifen sollen, wenn sie nicht die Kraft fühlten, ihre Mission durchzuführen.

Ludwigshafen, 20. Mai. Die französischen Garnisonen erhalten Verstärkungen namentlich von Reservisten; es sind auch englische Reserven eingetroffen, sowie Artillerie und Maschinengewehrabteilungen. Mit dem französischen Befehlshaber werden schon Verträge für die Unterbringung des Besatzungsheeres auf die Dauer von 6-8 Jahren abgeschlossen.

Berlin, 20. Mai. Gegen den Gewaltfrieden erläßt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Bezirksverbandes Groß-Berlin in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ an hervorragender Stelle einen Aufruf, in dem er die Genossen auffordert, zu einer Demonstrationssammlung am Mittwoch auf dem Wilhelmplatz zu erscheinen, um für einen gerechten Frieden und gegen die Propaganda der unabhängigen Sozialisten, den Gewaltfrieden unter allen Umständen zu unterzeichnen, Stellung zu nehmen. Als Redner treten auf: Scheidemann, Krüger, Frau Juhász und andere.

Berlin, 19. Mai. Der hier stets gehegte Verdacht, daß zwar die englischen Eingeborenenorganisationen human und milde sei, daß sie aber nur auf dem Papier stünde und die ausführenden Organe sich gar nicht um die bestehenden Grenzen kümmern, ist jetzt durch ebdlich erhärtete Nachrichten aus dem Läderbüchler-Diamantgebiet von Deutsch-Südwestafrika unwiderleglich bewiesen. Aus der Masse der vorliegenden Nachrichten geht hervor, daß die englischen Polizeigorgane die Eingeborenen aus dem Ambolande nicht nur körperlich aufs schwerste mißhandeln, sondern auch systematisch um ihren sauer ersparten Lohn betrügen und mit unläuterer Mitteln die Rückkehr von Läderbüchler in ihr Heimatland zu hindern suchen. Von einer Eingeborenenfürsorge wie sie unter deutscher Verwaltung im Diamantgebiet üblich war, ist fast nichts geblieben. Die Engländer suchen nur das Mögliche an Arbeit aus den Eingeborenen herauszupressen, lassen sie aber in sanitärer Beziehung verderben und umkommen.

Will die Regierung endlich ernst machen?

Unter dieser Epithete wird dem „Beobachter“ vom Lande folgendes geschrieben:

1. Seit dem 1. Mai d. J. liefert eine Reihe von Gemeinden keine Milch nach Stuttgart, um den Literpreis von 50 Pfg. zu erzwingen. Ein Strom von Hamstern ergießt sich aber täglich in diese Orte und Milch, Eier, Mehl usw. wird in Menge heimgetragen. Es sind keineswegs die Bedürftigsten, die da kommen. Ihnen würde ja jeder etwas gönnen. Aber die kommen, bezahlen 1 Mark und mehr für ein Ei, 70 und 80 Pfg., ja bis zu 1 Mk. für ein Liter Milch! Viele von diesen verkaufen diese Lebensmittel dann zu Zauberspreisen weiter. Wer hat zu büßen? Niemand anders als die Armen und die Ehrlichen!

2. Die Fleischrationen sind allmählich an der untersten Grenze des Möglichen angekommen. Kommt man nach Stuttgart oder anderen Städten und geht in ein „bayerisches“ oder sonstiges Stübchen, so kann man, man höre und staune, Schweine-, Kalbs- und anderen Braten mit Salat und zwar schöne Portionen ohne Fleischmarken haben, wenn auch um schweres Geld. Geht man den Quellen nach, so sieht man, daß das „Schwarzschlachten“ zurzeit blüht wie nie. In D. S. B. wird ein Schwein um 300, ja sogar Ochsen, geschlachtet, wobei für ein Pfund 8 Mk. bezahlt wurden. Wer hat das alles zu büßen?

Sieht das alles die Regierung nicht und weiß sie durch ihre Organe nichts davon? Und sollte es tatsächlich keine Mittel geben, um diesem Treiben endlich Einhalt zu tun? Aber nur schnell, so lang's noch etwas zu retten gibt!

Rundgebungen gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 19. Mai. Zu einer machtvollen Rundgebung

gestaltete sich heute nachmittag in der Philharmonie in Berlin eine auf Anregung des Deutschen Wirtschaftskongresses von mehr als 40 Verbänden einberufene Versammlung. Sämtliche Schichten des erwerbstätigen Deutschlands aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen waren durch die einberufenen Organisationen vertreten. Nach Ansprachen des Generaldirektors Brückmann, des Vorsitzenden des deutschen Wirtschaftskongresses und der Vertreter der einberufenen Organisationen von denen jeder für sein wirtschaftliches Teilgebiet die Unerfüllbarkeit der Friedensbedingungen und die Unausbleiblichkeit des Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft bei einer Annahme und Durchführung der Friedensbedingungen nachgewiesen, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die auf Anregung des Deutschen Wirtschaftskongresses von den Unterzeichneten als den Vertretern der Interessierten von mehr als 10 Millionen Erwerbstätigen veranstaltete Kundgebung erhebt einmütigen Einspruch gegen die Vernichtung deutscher Arbeit und Wirtschaft durch die Deutschland zugemuteten Friedensbedingungen. Ein solcher Frieden bedeutet Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger für ein Volk von 60 Millionen. Die Vertreter deutscher Arbeit und Wirtschaft rufen alle schaffenden Kräfte der Welt auf, sie im Kampfe um das Recht des deutschen Volkes, um freie Arbeit und Lebensmöglichkeit zu unterstützen.“

Königsberg, 19. Mai. Heute vormittag fand zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Hirsch und den Ministern Braun und Heine einerseits und den Mitgliedern des ostpreussischen Provinzialrats, sowie dem Oberpräsidenten von Batocki andererseits eine wichtige Konferenz statt, in der u. a. über die allgemeine Volksabstimmung in der Provinz und über die unmenschlichen Friedensbedingungen der Entente gesprochen wurde, wobei zum Ausdruck kam, daß der größte Teil der Arbeiterschaft Ostpreußens geschlossen hinter dem Nein der Reichsregierung steht.

Ein Aufruf des Reichsernährungs-Ministeriums.

Das Reichsernährungsamt erläßt an die deutschen Landwirte folgenden Aufruf: „Die Vorräte der alten Ernte gehen zu Ende und von Tag zu Tag sind wir mehr auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Der Hunger soll zum Unterzeichnen des Friedens zwingen. Um in dieser furchtbaren wirtschaftlichen Zwangslage zu helfen, muß Stadt und Land, das ganze Volk zusammenstehen. Das Land muß mit der Tat voran. Die letzten bisherigen Reste der notwendigen Nahrungsmittel sind zu liefern, vor allem muß die Ablieferung von Fleisch, Milch, Fett und Kartoffeln vermehrt werden. Die lockenden Wucherpreise des Schleichhandels dürfen in dieser Stunde keinerlei Lebensmittel den ärmeren Schichten der Stadt entziehen. Nur durch regelmäßige bessere Belieferung ist unserer durch die Hungerjahre des Krieges entnervten Bevölkerung Widerstandskraft und die notwendige Energie zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu geben. Wer jetzt vorhandene Nahrungsmittel bereitstellt, leistet dem Volke in schicksalsschwerer Stunde den größten Dienst und erfüllt eine Pflicht, der sich niemand entziehen darf, der dem Wohle des Vaterlandes dienen will. Bessere Ernährung bedeutet erhöhte Arbeitsleistung, zeigt uns den Weg aufwärts zu lebenskräftiger Entwicklung des deutschen Volkes. Die schweren Zeiten fordern, daß das Bewußtsein der Verantwortung jedem einzelnen der Allgemeinheit gegenüber erwacht. Es genügt jetzt nicht, mit Worten und Reden allein zu protestieren: Der größte Protest ist die Tat!“

Ausland.

Basel, 20. Mai. Wie aus den Berichten der Pariser Vertreter schweizerischer Blätter hervorzulesen ist, nimmt das große Publikum nur wenig Interesse an Notenwechsel zwischen Brodhorff und Clemenceau. Die Stimmung in Paris ist fast gleichgültig; in den niederen Volksschichten, aber auch in den bürgerlichen Kreisen wünscht man die möglichst rasche Unterzeichnung, mit anderen Worten das Zustandekommen des wirklichen Friedenszustandes; unter den breiten Massen besteht keinerlei Stimmung oder gar der Wunsch, militärische Operationen gegen Deutschland wieder aufzunehmen.

Bern, 26. Mai. Die deutsche Mark hat an den Schweizer Börsen seit Samstag kräftig angezogen. An der Züricher und Berner Börse stieg die Valuta von 35 auf 41/2. Man beurteilt in schweizerischen Handelskreisen die politische Lage nicht für ungünstig und glaubt, daß noch einiger Milderung der Friedensbedingungen die Deutschen mit der Unterzeichnung letzten Endes nicht zögern werden.

Spaa, 19. Mai. Heute fanden hier Beratungen finanzieller und wirtschaftlicher Natur, die auf den Friedensvertrag Bezug haben, unter dem Vorherrsche des stellvertretenden Präsidenten des Reichsministeriums Dernburg statt. An ihnen nahmen teil, der Minister des Auswärtigen Graf Brodhorff-Rankau, der mit mehreren Herren der Friedens-

Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. außerhalb des Bezirkes 22 Pfg. bei Anzeigenverteilung durch die Geschäftsstelle 30 Pfg. extra. Retraum: Seite 50 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluss der Anzeigenannahme: 3 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. für teile, Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.



delegation aus Versailles hier eingetroffen war und der Reichswirtschaftsminister Wisjell, sowie der preussische Finanzminister Sabelum. Die Herren verließen gegen 1/10 abends Spaan, um nach Versailles bezu. Berlin zurückzufahren.

Rotterdam, 20. Mai. „Daily News“ meldet aus New York: 17 Senatoren des amerikanischen Senats erhoben telegraphisch Protest bei Präsident Wilson gegen die Friedensbedingungen der Alliierten.

In Frankreich werden die Proklamation am 1. Juni abgelehnt. — Laut „Times“ soll Sir Douglas Haig, der frühere englische Oberbefehlshaber in Flandern, Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Indien werden. — Die russische Sowjetregierung betrachtet die Befehzung Wilnas durch die Polen als Kriegserklärung. Diese werden die Eroberung von Nikolajew und Befehzung der Eisenbahnlinie Lemberg—Nikolajew. — Die Nachricht von der Tötung des ehemaligen russischen Gesandten in Berlin, Zoffe, wird dementiert.

Zu den Verhandlungen in Versailles.

Verailles, 20. Mai. Der Berichterstatter der „Deutschen Allg. Ztg.“ schreibt: „Das Datum des 22. Mai verpflichtet zu nichts, am allerwenigsten, um mit einem Ja oder Nein zu antworten. Die Aufgabe der Delegation wird sein, die dieser Tage fertig gewordenen Gegenvorschläge den Alliierten zu übermitteln und diesen dann eine Verlängerungsfrist zu überlassen. Diese Frist wird wohl, wenn auch nicht um Wochen, so doch vielleicht um Tage verlängert werden. Es scheint bereits, daß sie verlängert werden muß, weil nach Clemenceaus Vorschlägen die Delegation ihre Einwendungen in einem einzelnen Dokument am 22. Mai abzuliefern hat, und somit würde die von der Entente wahrzunehmende Prüfung eine Fristverlängerung bedeuten. Graf Brockdorff-Rantzau ist nicht der Mann, der von einem wohlwollenden Programm abweichen wird.“

Berlin, 19. Mai. Für die nächsten Tage ist die Uebersetzung einer Reihe von größeren besonderen Noten geplant, so über die Ostfragen, über Elb-Lothringen und die besetzten Gebiete, über den Rechtsgrund, den Umfang und die Durchführung der von Deutschland übernommenen Schadenerschuldverpflichtungen, über die Behandlung des deutschen Privatigentums im feindlichen Ausland, endlich auch über das Arbeiterrecht. Alle bisherigen Nachrichten über den Inhalt unserer Gegenvorschläge beruhen auf Kombinationen. Eine weitere deutsche Note über die Deutschen im Auslande ist heute vormittag Clemenceau übergeben worden.

Berlin, 20. Mai. Graf Brockdorff machte die deutschen Berichterstatter darauf aufmerksam, wie die wahre Meinung Deutschlands in den französischen Zeitungen verfaßelt werde. Ueberall werden die Dinge so dargestellt, als ob das deutsche Volk gleichgültig gegen die Tatsache dieser Bedingungen wäre, als ob nur die Regierung eine künstliche Bewegung ins Leben rufe und Deutschland unter allen Umständen diesen Frieden unterzeichnen werde, auch wenn an den Bedingungen fast nichts geändert würde. Ich kann mir nur denken, daß man das französische Volk, das ja noch immer den genauen Text der Friedensbedingungen nicht kennt, über die Schwere der Entscheidung hinwegtäuschen will. Man will die Meinung Frankreichs, das nach Frieden verlangt, einwickeln. Man will — vielleicht — die vollendete Tatsache schaffen, man will vermeiden, daß über den möglichen Ausgang dieser Tage in Versailles nachgedacht wird, und meldet und verbreitet mit allen Mitteln des politischen Auffahes, des Berichts, des Feuilletons, daß alles in Ordnung sei, die deutsche Regierung unterzeichne, und schließlich, das Volk sei müde und wolle vergessen. Muß ich Ihnen sagen, für wie fahelässig ich diese Taktik halte? Die Vernunft der Welt wird nicht ewig mit verbundenen Augen stehen.

Verailles, 20. Mai. Der Berliner Korrespondent des „Temps“ will von einem Mitglied des Friedensausschusses der Nationalversammlung den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge wie folgt erhalten haben: Angebot von Saar und Ruhrkohle, Annahme der Befehzung des linken Rheinuferes, jedoch ohne administrative Trennung von deutschen Reich. Für die weiteren Distrikte wird Volksabstimmung gefordert. Danzig soll deutsch bleiben, nur der Danziger Hafen wird als Freihafen eingerichtet werden. Endlich wird Deutschland eine feste Begrenzung der Entscheidungssumme fordern, da sonst ein Budgetüberblick unmöglich gemacht wird.

In der Frage von Schleswig-Volstein scheint die Kommission für die Grenzen die Schaffung einer neutralen Zone vorgesehen zu haben, welche sich von Flensburg bis südlich von Hamburg ausdehnt, sowie von westlich Hamburg bis östlich Stettin. Deutschland soll verpflichtet werden, in diesem Gebiet gleich zu verfahren, wie auf dem rechten Rheinufer, d. h. es dürfen keine Festungen errichtet und keine Garnisonen unterhalten werden. Es geht aus dieser Klausel hervor, daß die Häfen Hamburg und Stettin von militärischem Standpunkte aus in die neutrale Zone inbegriffen, also schutzlos gelassen werden sollen.

Verailles, 19. Mai. Nach dem „Intransigeant“ sollen auf Veranlassung des Präsidenten Wilson die belgischen Wünsche betreffend das Mandat in Afrika erfüllt werden. Das würde also besagen, daß Belgien ein Teil Deutsch-Ostafrikas zugesprochen würde. Wie Belgien das finanziell machen will, bleibt jedem Kenner belgischer Verhältnisse schleierhaft, da es nicht einmal seine eigenen Kolonien ohne fremde Hilfe verwalten und ausbeuten kann.

Die geschäftsgewandten Amerikaner.

Man schätzt die Gesamtsteuereinnahmen aus Kriegsgewinnen in Amerika auf etwa 42 Milliarden Dollar. Diese Summe erscheint so unsagbar groß, daß man sie für den ersten Augenblick nicht für möglich hält. Und doch ist es so: die Amerikaner verstehen eben das Geschäft, sie haben ihren Freunden und Bekannten Presse aufgelegt, daß sie wirklich gut verdienen konnten. Es wird interessieren, daß der Stahltrust annähernd 300 Millionen Dollar Kriegsgewinnen

zahlen muß. J. D. Rockefeller allein zählt 238 Millionen, Henry Ford, der bekannte Automobilfabrikant, hat über 80 Millionen abzugeben, das Bankhaus Bierpont Morgan über 250 Millionen, Andre Carnegie, der Hauptaktionär des Stahltrustes, wird mit 37 1/2 Millionen, J. Ogden Armour, der größte Fleischlieferant in Fleisch, Schmalz, Schinken und Würst, mit 31 1/2 Millionen herangezogen. Der Eisenbahnamagnat W. K. Vanderbilt hat 25 Millionen Dollar zu bezahlen, und wenn man viele ähnliche Kriegsgewinnler, die Millionen verdient haben, berücksichtigt, so ist es erklärlich, wie die 42 Milliarden zusammenkommen. Amerika aber wird mit diesen Einnahmen, die es durch die Bekämpfung des Militarismus erhalten hat, sich den Militarismus schaffen und daneben mit den Kriegseinnahmen neue Geschäfte machen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 20. Mai. Da die sogenannten Wetterheiligen Pantoz, Serwoz, Donisaz und Sophie (12—15. Mai.) vorübergegangen waren, ohne die an sie geknüpften Befürchtungen zu erfüllen, so glaubte man vielerorts, daß die Gefahr eines gefährlichen Rückgangs der Temperatur vorbei sei. Allein wie die Jahrzehnte lange Erfahrung lehrt, ist dieser Temperaturrückgang durchaus nicht gerade an die vier erwähnten Tage gebunden; im Volksmund haben diese vier Tage sich als Tage der Wetterheiligen fortgepflanzt, weil eben um diese Zeit, d. h. um Mitte Mai, gewöhnlich ein Wettersturz erfolgt. Nun ist auf die wenigen schönen Tagen, die wir bis jetzt im Mai hatten, doch noch ein solcher Kälterückfall eingetreten, der bereits in einer Reihe von Gegenden den zarten Gartengewächsen geschadet hat. Die Wettervorhersage lautet sogar auf weitere Verschlechterung des Wetters, und doch wäre es im Interesse der Landwirte gelegen, wenn sie wärmeres Wetter hätten, um zur Grünsfütterung übergehen zu können.

Birkenfeld, 20. Mai. Anlässlich seiner Zurechtweisung wurde Schultheiß Holzschuh von der Württ. Regierung des Schwarzwaldkreises und dem Oberamt Neuenbürg die Anerkennung für seine 28jährige treue und erprießliche Tätigkeit in der Gemeinde Birkenfeld wie im Bezirk Neuenbürg in besonderem Schreiben ausgesprochen. Schultheiß Holzschuh tritt am 1. Juni in den Ruhestand.

Herrenalb, 20. Mai. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen ist ein Sieg des Wahlvorschlages 1 (Bürger und Kriegsteilnehmer) mit 5714 Stimmen, welchem 10 Sitze zufließen. Gewählt sind Karl Grähle, August Komoser, J. Kälin, Friedrich Gernow, Karl Schumacher, August Walthert, Willi Weidner, Wilhelm Keller, O. Jöbel, Jakob Rübler. Wahlvorschl. 2 (freie Bürgerchaft) mit 2210 Stimmen und 3 Sitze. Gewählt sind Karl Wöckel, Ernst König, W. Tränkle. Wahlvorschl. 3 (Vereinigung der Einwohnerchaft von Herrenalb, Kullennühle und Gaisal) mit 845 Stimmen und 1 Sitz. Gewählt ist A. Gaubertsen.

Ottenhausen, 20. Mai. Bei der Gemeinderatswahl am 18. d. Mts. haben von 441 Wahlberechtigten 225 — 51 % abgestimmt. Von den abgegebenen gültigen 2640 Stimmen entfielen auf Wahlvorschl. 1, Sozialdemokratischer Verein, 1435 Stimmen, Wahlvorschl. 2, Bürgerliche Wählervereinigung, 1205 Stimmen. Von den zu verteilenden 12 Sitzen fielen dem Wahlvorschl. 1 7, dem Wahlvorschl. 2 5 Stimmen zu. Von den Vorgelegenen gehörten dem alten Kollegium 10 Herren an, wovon 7 wiedergewählt wurden. Die Wahlbeteiligung war eine auffallend schlechte.

Ueber kirchliche Gegenwartsfragen

Sprach lehten Sonntag Dekan Uhl in der Herrenalber Kirche. Die Sache verließ in gottesdienstlichem Rahmen, eingeleitet und beschlossen von Stadtpfarrer Storz und Gemeindegang. Sonst sprach niemand. Dekan Uhl führte etwa aus: Wenngleich wir an und für sich kirchlichseits uns nicht in Politik mischen, so war doch aus Anlaß der Revolution die Anmeldung der bekannten kirchlichen Forderungen berechtigt, weil es sich dabei um kirchliche Lebensfragen handelt. Der Redner behandelte dann in geschichtlichen Ausführungen, was es mit den heutigen Schlagwörtern in den kirchlichen Fragen für eine Bewandnis habe, wie Staatskirche, Landeskirche, Volkskirche. Die alte Staatskirche mit ihrem Lehnzwang, Kirchengewalt, mit der Orts- und Bezirkschulaaufsicht der Pfarrer und dem sittenpolizeilichen Charakter sei vorbei. Kirche und Staat seien schon getrennt bis auf einige Reste, wie den Vorbehalt der Pfarrer im Ortschulrat und der Ortsarmenbehörde. Wir bekloppen diese Trennung nicht. Im Gegenteil. So seien die Pfarrer jetzt los von viel Einbindung, die sie als „schwarze Polizeidiener des Staats“ haben austreten müssen. Ein gut Teil Kirchenfeindschaft kamen auf diese Dinge. Wir hatten also schon vor der Revolution keine Staatskirche mehr, sondern eine Landeskirche, der jetzt allerdings mit Absehung des Königs der Kopf abgeschlagen sei. Dann folgte eine kurze Ausführung über das landesherliche Kirchenregiment von Herzog Ulrich 1534 bis König Friedrich 1806, über die finanzielle Verschmelzung von Kirchengut mit dem Staatsgut, gipfelnd in der Einziehung desselben unter König Friedrich. Es hätte nichts geschadet, wenn der Gang dieser Entwicklung noch etwas näher erläutert und auch beurteilt worden wäre, denn gerade über diese Dinge ist das Kirchenvolk sehr wenig unterrichtet, auch nicht über den schändlichen Rechtsbruch, den sich der neue König Friedrich 1806 mit der Einziehung des Kirchenguts geleistet hat. Und wenn der § 77 der Verfassungsurkunde von 1819 bis auf den heutigen Tag nicht eingelöst worden ist, man also 100 Jahre lang der Kirche Recht seitens des Staates und der Regierung mit Füßen trat, so hat auch heute die Kirche in anderen Dingen, z. B. Religionsunterricht, allen Grund, darauf zu sehen, daß was in der Verfassung verankert ist, nicht nachher durch Gesetze und Verfügungen in sein Gegenteil verkehrt oder abgedrückt und umgebogen wird, so meinen wir. Was nun die durch die Landeskirchenversammlung zu schaffende Reabildung anlangt, so verlangte auch Dekan Uhl

die Volkskirche und führte den Gedanken dahin aus: Volkskirche, nicht Winklerkirche, Gemeindefirche, nicht Pfarrkirche, Kirche als Glaubensgemeinschaft, nicht Sprechsaal. Was den ersten Gegenstand anlangt, so sind unsere drei Forderungen bekannt: Korporationsrecht, konfessioneller Religionsunterricht und Kirchengewalt. Im Verfolg des Gegenstandes Gemeindefirche, nicht Pfarrkirche wies Redner mit Recht darauf hin, daß wir schon seither keine „Pfarrkirche“ hatten, indem er an der Hand von Pfarrgemeinderat, Diözesanynode, Landesynode und Kirchengemeinderat als zeitlich einander folgenden Gemeindegebilden zeigte, wie schon seither in stufenweiser Entwicklung besonders zuletzt durch das Gesetz von 1888 die Gemeinde- und sonstigen Vertretungen neben und über das Pfarramt traten und wie vor allem durch das letzte Gesetz ein frischer Aufbruch und erfreuliche Selbstständigkeit in unsern Kirchenwesen gekommen sei. Uebergend zur Landeskirchenversammlung und ihre Zusammenziehung berichtete Redner über einige wohl zur Verhandlung kommende schwedische Fragen, wie Bestellung der Pfarrer, der Dekane und der kirchlichen Behörde, allenfalls eines Bischofs. Bezüglich der Pfarrwahl wurde davon geredet, daß den Gemeinden kein Bewerber vorgeschlagen werden sollen. Die Dekane sollen von der Synode gewählt werden, die Kirchenbehörde von der Landeskirchenversammlung. Auch solle, sagt Dekan Uhl, die Frage des Bekenntnisses auf die Landeskirchenversammlung kommen. Er verliert in diesem Zusammenhang den Bekleidartikel des zu Wählenden. Es scheint sonach, daß die Gemeinden und die kirchlichen Rechte diese heißen Dinge anschnitten wollen, wie man auch sonst aus dem Land hören kann. Dekan Uhl sagt: Es gibt Freunde und Gegner des Bekenntnisses. Jemand ein Bekenntnis müssen wir haben. Sonst wird die Kirche ein Tummelplatz für alle möglichen Geister, eine Art Ruhestempel für ästhetische und sonstiger derartige Vorträge. Die Kirche soll aber nicht ein Sprechsaal sein, sondern eine Glaubensgemeinschaft in der der Gang nach Gottes Wort bestrebt wird.“ Es soll bei der 62. These Luthers bleiben. Eine Stellungnahme im einzelnen zu dem ganzen Fragenkomplex, der sich hieran anschließt, möchten wir hier unterlassen, es wird aber im Interesse der Sache gut sein, darauf aufmerksam zu machen, daß die Gemeinden, die auf einmal so bekenntnistreu und regierungstreu geworden sind, damit ihre Entfesselung, ihre Geschichte, ihr eigenes Wesen vergessen haben. Sie sind groß geworden durch die Pflege der Verzensfrömmigkeit gegenüber dem formulierten Glauben, man könnte sagen, durch die Pflege des rein biblischen in seiner Mannigfaltigkeit gegenüber dem kirchlich-dogmatischen gebundenen Christentum, und immer werden sie den andern ein Neid überwerfen, gegen das sie sich früher sträubend die Hauptkraft ihres Zusammenschlusses fanden. Das sind merkwürdige Entwicklungen. Der Liberalismus scheint in der Neuenbürger Diözese nicht organisiert zu sein. Die Gemeinden scheinen rüstig. Es wird gut sein, wenn auch die andern aufwachen, damit die Neue nicht zu spät kommt. Wie man vom Kirchheimer Bezirk hört, hat sich dort Pastor Hermann sowohl gegen die Pfarrwahl durch die Gemeinde, wie gegen das Vereinziehen der Bekenntnisfrage ausgesprochen. Der Mann wird wissen, warum. Vor 80 Jahren hat Wagner den Anzug der Schulmeisterwahlen in der „Schulmeisterwahl zu Blindheim“ gezeigelt und wer habe die Pfarrwahlen kennt, der will davon nichts wissen. Die Bekenntnisfrage aber ist so heikel, Streitigkeiten über solche Dinge so edelhaft, daß jedem seiner denkenden Menschen danor gemut. Nach dem Bericht von Dekan Uhl stand die Kandidatenfrage am 11. Mai so. Reppeler ist zurückgetreten, was sehr bedauerlich ist nach unserer Ansicht. Ebenso hat Nieß zurück für den Lieblich der Calwer Gemeindefürsorge Hornberger, Sandbergers Kandidatur steht noch. Blösch scheint nicht zu kandidieren. Ebenso steht noch die Kandidatur des Waldrennmacher Kirchenspiegels. Es stehen also zwei Rechte und ein Linker, fehlt demnach ein Linker zum Wahl. Wir meinen, diejenigen, die für die Wahlentscheidungen sorgen sollen, sollten jetzt allmählich wissen, wie sie daraus sind. Man bringt fast überall im Land zugkräftige Kandidaten auf die Beine. Schläft der Neuenbürger Bezirk? Wir haben in der Herrenalber Kirche 25 Männer gewählt, die anderen waren wohl bei einer Gemeinderatswahlversammlung. Ist in unserer Männerwelt nicht so viel geistige Leben vorhanden, daß sie sich dafür interessiert, wie und wohin das Kirchenschiff in Zukunft gesteuert wird? Was nicht die ganze Revolution, wenn die Inponderabilien näher gerade so vernachlässigt werden, wie vorher?

Württemberg.

Stuttgart, 20. Mai. Der Kriegsminister hat nach dem Abschluß der Operationen gegen München an Generalmajor Haas, dem bekanntlich zum Schluß sämtliche von Bayern entfallenden württembergischen Truppenteile unterstellt waren, also neben denen seiner eigenen freiwilligen-Abteilung, auch die Sicherheitstruppen des Detachements Greiter, folgenden Fernspruch gerichtet: Im Namen der Württ. Gesamtregierung spreche ich sämtlichen Württ. Truppen, die unter Ihrer so bewährten Führung in Bayern kämpften, die besondere Anerkennung für Ihre Tapferkeit und vorzügliche Haltung, sowie den herzlichsten Dank der Heimat aus.

Hedelkingen, 20. Mai. In der Nacht vom Freitag auf Samstag flogen drei uniformierte Vurschen in das zwischen hier und Hochroder gelegene Landhaus des Hofrats Better ein. Sie begaben sich in den Keller, holten dort einige Flaschen Sekt sowie Schnaren und taten sich an Ort und Stelle gütlich. Dann durchstöberten sie sämtliche Räume, rissen die Schubladen und Schränke auf, zerstückelten deren Inhalt auf dem Boden und verunreinigten die Zimmer in nicht zu beschreibender Weise. Schließlich gelangten die Gauner, li. Untertürkheimer Zeitung, in das Schlafzimmer des Hausbesizers und forderten „im Auftrag des Arbeiterrats“ die Herausgabe von Geld und Gold. Der Ueberfallene erklärte, er habe kein Geld im Hause, im übrigen

wahne ja...
Auf eine...
waren die...
für versch...
Elli...
Wahsch...
schaffen...
eintritt...
allo strom...
Win...
eben tra...
Schwarz...
beding...
Beschrei...
wer im...
so das...
engst...
mager...
solche...
sper am...
wischen...
me...
Wingir...
im woll...
gibt we...
Ein...
nehr der...
samenge...
geben...
hien, de...
weilen...
ist der...
wappel...
hier un...
so am...
um irref...
unzuf...
Hof...
hat...
im...
Hofen, an...
das Ausla...
Wes...
nicht in...
dieser betra...
läßt aber...
ein Berla...
hört nicht...
liche Einbu...
Stor...
Oder...
hat...
läßt ver...
unnen we...
Breit...
er richt...
nach vo...
Erb...
fabrikant...
auf 13...
am 1...
Explo...
hat...
die Luft...
in die...
die Luft...
studen...
Mig...
hat von...
beim...
von der...
blot...
das...
et die...
Die...
werden...
1. der...
2. der...
3. der...
4. der...
freunde...
post...
Auf...
1. ob...
jurist...
Stel...
leiter...
2. we...
welche...
(Wes...
Dies...
Fabrik...
haben...
Verzeich...
reicht...
herber...
30. te...



Neueste Nachrichten.

Nürnberg, 20. Mai. Der „Frankische Kurier“ meldet, daß in Schweinfurt die Erste Automatische Gießstahlfabrik (Schäfer) allen ihren Arbeitern, etwa 2000, zum 31. Mai gekündigt und dies mit Kohlenmangel und ungenügender Arbeitsleistung bei stets zunehmender Lohnforderung begründet hat...

Berlin, 20. Mai. In Eisenach hat heute nacht eine Gruppe von Spontakisten den Güterbahnhof mit Minenwerfern in Brand geschossen und die Brandstelle unter Gewehrfeuer gehalten. Es sind viele Lebensmittel verbrannt. Die Regierungstruppen wurden verstückt.

Berlin, 20. Mai. Zu der Versammlung in Speier, in der die Schaffung einer selbständigen Republik unter Zustimmung aller Kreise der Bevölkerung abgelehnt und betont wurde, daß die Pfalz unloslich zu Deutschland gehöre, erklärt die Deutsche Allg. Ztg. folgendes: In eingeweihten Kreisen wird damit gerechnet, daß die unverantwortlichen landesverräterischen Elemente, die für die Loslösung der Pfalz agitieren, die im Wesentlichen aus Ehrgeizigen und Habgierigen bestehen, ihre Agitation auch nach der ersten Niederlage nicht aufgeben werden.

Berlin, 21. Mai. Die Abgeordneten des Saargebietes haben an die deutsche Friedensdelegation in Versailles eine Erklärung gerichtet, in der sie namens der Bevölkerung des Saargebietes gegen eine Abtrennung entschieden Protest einlegen. Die Erklärung schließt: Wir bringen damit den Willen der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck. Wir richten an die Friedenskonferenz die eindringliche Bitte, dem Saarlande und seinen Einwohnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Saarbevölkerung war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben.

Berlin, 20. Mai. Der Friedensauschuß der Nationalversammlung, der gestern abend um 7 1/2 Uhr in Berlin zusammentrat, billigte einmütig den ihm vorgelegten Entwurf der deutschen Antwort an die Entente. Der Vorstand der sozialistischen Partei Deutschlands beantragte beim internationalen sozialistischen Büro in Amsterdam die schleunige Einberufung der internationalen permanenten sozialistischen Kommission behufs Stellungnahme zu dem vorliegenden Entwurf des Friedensvertrages. Während der ersten fünf Jahre der Befehung werden die Vereinigten Staaten mindestens ein freiwilliges Regiment am Rhein unterhalten. 107 sächsische Fabriken haben bis jetzt bei der sächsischen Regierung die Schließung eines Betriebes angemeldet. Sie können die Arbeit mit Verlust nicht länger ertragen. Der größte Teil davon entfällt auf den Chemnitz' Bezirk.

Elberfeld, 21. Mai. Große Mengen Tuch, die direkt aus Paris in wichtigen Lastautos in Köln eingetroffen sind, wurden gestern an hiesige Tuchgeschäfte abgeliefert. Angestellte der Pariser Firmen begleiteten die Waren. Es handelt sich um erstklassige Stoffe. Die Preise sind noch sehr hoch. Der Wert der Sendung beläuft sich auf 2 Mill. Mark.

Paris, 21. Mai. Marshall Foch ist von seiner Abreise nach Paris zurückgekehrt und heute vormittag von Clemenceau empfangen worden.

London, 20. Mai. In England herrscht eine große Empörung daß Amerika die besten deutschen Schiffe, die in amerikanischen Häfen lagen, zugewiesen erhielt. Im Parlament wurden Bonar Law deswegen viele Fragen gestellt und er sah sich gezwungen, nach Paris an Lloyd George eine Anfrage zu richten. Man hatte allgemein erwartet, daß England den Löwenanteil des Raubes einheimen würde und verlangt jetzt, daß die Regierung eine Tagung auberaume, in der über diese Frage im Unterhaus debattiert werden kann. Es wird in der Presse darauf hingewiesen, daß England im Kriege 7 1/2 Millionen Tonnen verloren hat, während Amerika nur einen Verlust von 34000 Tonnen beklage.

Breslau, 19. Mai. Wie die „Schlesische Volksztg.“ erzählt, hat der Fürstbischof von Breslau auf seine Bitte an den Papst um dessen Intervention für Milderung der Friedensbedingungen durch den Nuntius von München die offizielle Mitteilung erhalten, daß der Papst bereits in dieser Richtung tätig sei.

Rom, 19. Mai. Die Blätter melden, daß Prinz Friedrich von Preußen in Begleitung von Vertrauensperso-

nen der deutschen Regierung sich nach Lugano begab, wo er mit dem preußischen Gesandten am Vatikan eine Besprechung hatte. Diese Nachricht ist bis jetzt nicht dementiert worden. Man glaubt, daß von gewissen deutschen Kreisen dringliche Schritte unternommen wurden, um durch Vermittelung des Vatikans eine Milderung in den Friedensbedingungen zu erreichen.

Basel, 20. Mai. „Tribune“ berichtet, daß der Papst den Kardinal Amette angewiesen habe, zu Gunsten der deutschen Katholiken bei den Alliierten vorstellig zu werden.

Zu den Versailler Verhandlungen. Berlin, 20. Mai. Marcel Hutin schreibt im „Echo de Paris“, daß die Alliierten der Gewährung einer weiteren Frist, die jedoch acht Tage nicht überschreiten dürfe, nichts entgegenstellen. Für den Unterzeichnungstermin gibt er die Zeit zwischen dem 5. und 8. Juni an. Auch Hutin steht, wie andere, auf dem Standpunkt, daß Deutschland unterzeichnen werde, wenn nicht Graf Brockdorff-Rantzau, dann irgend ein Unabhängiger. Prüfe man die Antwort Clemenceaus näher, so käme man unwillkürlich dazu, sie als diplomatische Umschreibung hinzunehmen. Die ersten Notizen seien von Wilson verfaßt worden.

Verailles, 21. Mai. „Populaire“ wandte sich gestern sehr scharf gegen die Theorie des „Temps“, der Deutschland zerstückelt sehen möchte. Der „Temps“ wisse nicht, daß es ein deutsches Volk gebe. Er begehe denselben Fehler wie die Leute des zweiten Kaiserreiches und gewisse französische Minister 1914/15. Wenn man erkenne, daß es ein deutsches Volk gebe, so werde man einen zwar ganz geringen aber nötigen Fortschritt gemacht haben. Hätte man das früher begriffen, so hätte man die Preliminarien andeers abgefaßt. Es sei noch nicht zu spät zu Änderungen.

Eine Stimme des Verständnisses und der Vernunft.

Verailles, 21. Mai. Anlässlich der Berliner Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden schreibt Sem hat gestern in der „L'Heure“: Es ist nicht schwer, annehmbare Änderungen an dem Vertrag vorzuschlagen. Der Text ist nicht unüberhörbar. Bei den Alliierten sind viele Leute keineswegs entzückt. Gegenprojekte sind nicht schwer aufzustellen, wenn man, um die bedrohten nationalen Interessen zu verteidigen, sich auf den allgemeinen Standpunkt stellt und im Interesse aller Völker günstige Abmachungen vorschlägt. Wenn Deutschland dagegen Einspruch erhebt, daß man es zerstückeln will, so werden die Alliierten antworten, Deutschland habe ja vor noch nicht langer Zeit die Hand auf Belgien und Nordfrankreich legen wollen. Aber wenn Deutschland hervorhebt, daß wir uns selbst ruinieren, wenn wir Deutschland ruinieren, wenn es Finanzvorschläge macht, welche die Lasten aller erleichtern, dann hat es vielleicht Chancen, angehört zu werden. Die Finanzlage muß uns zur wahren Anschauung des Friedens bringen. Im Grunde war die Hauptdummheit, welche in Versailles begangen wurde, diejenige, nicht zu sagen, daß der Völkerbund nur unter der Bedingung, die ganze Welt zu umfassen, möglich ist. Man muß wählen: entweder führt man den Krieg oder schließt Frieden, und Frieden schließt man mit der ganzen Welt, nämlich mit dem gestrigen Feind, denn sonst ist es kein Frieden. Unter dieser Bedingung kann man finanzielle Abmachungen schließen, welche in der Lage sind, sowohl Frankreichs wie Deutschlands Bankrott, der beiden droht, zu verhindern. Unter dieser Bedingung werden brennende Fragen wie die Danzig-Frage leicht zu lösen sein. Wir begingten das Unrecht, den Völkerbund als Luxus Einrichtung zu betrachten, aber er ist die Grundlage und eine einzige feste Stütze des europäischen Friedens. Er fällt mit ihm zusammen und wenn man ihn nicht aufrichtig wünscht, muß man auf den Frieden verzichten.

in der Vorhinde des Arbeiterrats bei ihm im Hause. Auf eine solche prompte und geistesgegenwärtige Antwort waren die Burschen wohl nicht gefaßt, denn auf diese Kunde hin verschwand sie schleunigst. Untersuchung ist eingeleitet.

Winzigen, 20. Mai. Die Reckartwerke A. G. in Wetzlar teilen in einem Rundschreiben mit, daß, falls in den nächsten acht Tagen keine Besserung in der Kohlenbelieferung eintritt, sich das Werk genötigt sieht, die tagweise Abschaltung, also stromlose Tage, wieder einzuführen.

Winzigen O.M. Gmünd, 19. Mai. Am Samstag abend traf der großlich-rechbergische Forstwart Bumschuh im Waldteil Heldenberg den 24 Jahre alten Gipsler Karl Schwarzkopf und den Bauernsohn Karl Hofele von Wetzlar beim Wildern an. Schwarzkopf legte mit dem Gewehr auf den Forstwart an, der aber zuvor kam und im Gebüsch in der Nähe versteckten Hofele in die Brust traf, so daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Schwarzkopf ergriff die Flucht, wurde aber von dem Forstgehilfen Moosmayer eingeholt und dingfest gemacht. Die Leiche des Hofele blieb über Nacht im Walde liegen. Als ein Landjäger am anderen Morgen mit dem Forstwart am Tatort erschien, war der Tote von vielen Burschen aus Wetzlar umstellt, die gegen die Beamten tätlich werden wollten. Die Leiche konnte aber ohne Zwischenfall abgeholt werden.

Baben.

Florsheim, 20. Mai. Einen sehr empfindlichen Verlust hat ein Wirt in der Reichstraße zu beklagen, indem im Keller ein großer Posten Wein aus mehreren Fässern, angeblich 3500 Liter, auslief. Wie es heißt, erfolgte das Auslaufen nicht zufällig, sondern es sei das hochaltäre Werk bis jetzt noch unbekannter Täter gewesen, die sich nicht in den Keller einschlichen. Als man morgens den Keller betrat, wurde man auf das Auslaufen aufmerksam, konnte aber nicht mehr viel retten. Da ein Liter Wein jetzt am Verkaufspreis von 10 Mk. und mehr hat, kann man sich leicht ausrechnen, daß es sich hier um eine ganz beträchtliche Einbuße handelt.

Florsheim, 20. Mai. Der ledige Goldarbeiter Oskar Meyer verlor hier einen Einbruch in einer Fabrik und nahm Metall im Werte von 60000 Mark. Meyer wurde verhaftet und das gestohlene Gut ihm wieder abgenommen werden.

Breisach, 20. Mai. Samstag Abend 6 Uhr wurde der rechtsrheinische Brückenkopf der Eisenbahnbrücke bei Breisach von einer Abteilung Franzosen besetzt.

Vermischtes.

Erhöhung der Hefepreise. Der Verband deutscher Hefefabrikanten hat von Mitte Mai ab die Hefepreise von 20 auf 30 Mk. erhöht. Die letzte Preiserhöhung erfolgte am 1. März um 10 Mk. pro Zentner.

Explosion einer Sprengstoff-Fabrik. Die Sprengstoff-Fabrik bei Christiania ist aus unbekannter Ursache in die Luft geflogen. Die Stichflammen schlugen über 100 m in die Höhe. Durch den Luftdruck ist eine Anzahl Arbeiter in die Luft geschleudert worden. Bisher wurden 5 Leichen gefunden.

Wißflüchter Ozeanflug. Das britische Flugzeug, das von Neufundland aus den Ozean überfliegen wollte, landete sich am Dienstag, nachmittags 4 Uhr 150 Meilen von der irischen Küste entfernt. Eine spätere Meldung besagt, daß das Flugzeug 40 Meilen vor der Mündung des Shannon niedergegangen sei. Es ist noch unbestimmt, ob die Flieger gerettet werden konnten.

Oberamt Neuenbürg.

Die Ortspolizeibehörden

werden beauftragt, die Verzeichnisse 1. der Gast- und Schankwirtschaften, 2. der Bäckereien und Konditoreien, 3. der Maler-, Anstreicher- usw. Betriebe, 4. der im Gemeindebezirk befindlichen Betriebe, in welchen fremde Kinder beschäftigt werden, bis spätestens 1. Juni ds. Js. vorzulegen. Auf den gleichen Zeitpunkt ist zu berichten 1. ob und welche Kofhaarspinnereien, Haar- und Wollspinnereien, Bürsten- und Pinselmachereien und Steinbrüche noch bestehen und wieviele fremde Arbeiter bei ihnen beschäftigt werden, 2. welche Veränderungen in obengenannten Betrieben, welche seither schon bestanden, etwa eingetreten sind (Wechsel des Besitzers, Art des Betriebs und dergl.). Diejenigen Ortspolizeibehörden, in deren Gemeinden sich Fabriken und dergleichen gleichgestellte Anlagen befinden, haben bis ihnen unterm 17. Mai ds. Js. zurückzugebenen Verzeichnisse ebenfalls bis spätestens 1. Juni ds. Js. gemäß und bezüglich der eingetretenen Änderungen berichtigt, ferner vorzulegen. Wenn in den Gemeinden am 1. April ds. Js. keine Fabriken vorhanden waren, oder solche neu

entstanden sind, ist dies ebenfalls zu berichten. Zutreffendenfalls ist in allen Fällen Fehlanzeige zu erstatten, was auf einem Bogen geschehen kann.

Den 20. Mai 1919. Reg.-Assessor Rilling.

Oberamt Neuenbürg.

Wild.

Die Verfügung der Fleischverorgungsstelle über Wild vom 12. September 1917 (Staatsanzeiger Nr. 217) in ihrer Abänderung durch die Verfügung vom 22. Juli 1918 (Staatsanzeiger Nr. 171) und die auf Grund dieser Verfügungen getroffenen oberamtlichen Anordnungen (oberamtliche Bekanntmachung betreffend Errichtung von Wildverteilungsstellen vom 22. Oktober 1917, Enzfelder Nr. 249) werden auch für das Jagdjahr 1919/1920 aufrecht erhalten.

Es wird insbesondere daran erinnert, daß die Jäger nach den genannten Verfügungen ihren gesamten Wildanfall, soweit er ihnen nicht zum eigenen Verbrauch belassen wird, an die zuständige Wildverteilungsstelle abzuliefern haben. Den 19. Mai 1919. Bullinger.

Bettmäßen

Betreuung garantiert sofort. Alter und Größe angeben. Waschlant umsonst. Versandhaus Bavaria, München 143, Kungstraße 4.

Schlachtvieh

Kalen laut händiger Höhere Reform-Zehrhaft Wildbad.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Für die Haushaltungen der Nr. 551 bis etwa 640 kommt morgen Donnerstag 8 Uhr vorm. ein kleiner Teil

Kartoffeln.

soweit noch keine 3 1/2 Zentner pro Kopf für die seit Herbst anwesenden Haushaltungsmitglieder ausgegeben worden sind, an Ehrlich's Keller zur Ausgabe.

Anweisungen hierzu werden am Ausgabetag von 8 Uhr vorm. ausgegeben.

Städt. Lebensmittelstelle J. A.: Rienzle.

Suche einen tüchtigen

Möbeldreiner

auf sofort. Ernst Kull, mech. Schreinerei, Birkenfeld.



empfehlen Uhrmacher Löffler, Calmbach.

Advertisement for Krätze (herbal tea) with a decorative border and text: 'Bei Krätze... D. Uhlig, Amberg.'

